ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mäding, Heinrich

Book Part

Strategische Regionsbildung: Ein neuer Ansatz zur Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb

Provided in Cooperation with:
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Mäding, Heinrich (2012) : Strategische Regionsbildung: Ein neuer Ansatz zur Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb, In: Kauffmann, Albrecht Rosenfeld, Martin T. W. (Ed.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb, ISBN 978-3-88838-067-9, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 108-122, https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-337381

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/87655

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Heinrich Mäding

Strategische Regionsbildung: Ein neuer Ansatz zur Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb

S. 108 bis 122

Aus:

Albrecht Kaufmann, Martin T.W. Rosenfeld (Hrsg.)

Städte und Regionen im Standortwettbewerb

Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 238

Hannover 2012

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Heinrich Mäding

Strategische Regionsbildung: Ein neuer Ansatz zur Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb

Gliederung

1 Große Trends und Nachhaltigkeit: Zur Einordnung der Themenstellung
2 Globalisierung und Wettbewerb
3 Regionale Kooperation als ein Wettbewerbsparameter
4 Strategische Regionsbildung: Wo liegt das Neue?
5 Entscheidungsfelder der Kooperation
6 Strategische Regionsbildung als Prozess
Literatur

1 Große Trends und Nachhaltigkeit: Zur Einordnung der Themenstellung

Die deutschen Städte und Regionen sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. Die Listen dieser Herausforderungen sind lang und unterschiedlich, aber zu ihrem harten Kern gehören überall mindestens die folgenden drei und sie stehen in Gewicht und Dringlichkeit weit oben:

- die Globalisierung und ihre Folgen,
- der demographische Wandel und seine Folgen,
- der Klimawandel und seine Folgen (vgl. Mäding 2011).

Das Leitbild der Nachhaltigkeit fordert alle relevanten Akteure (nicht nur die Politiker, aber die vor allem!) dazu auf

- in der zeitlichen Perspektive: die Fairness zwischen den Generationen zu sichern,
- in der räumlichen Perspektive: die Fairness zwischen Teilräumen (Stadt und Land, Industrieländern und Entwicklungsländern) zu befördern,
- in der sachlichen Perspektive: die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen zu wahren.

Die drei großen Herausforderungen lassen sich mit ihren Folgen den drei Zielfeldern der Nachhaltigkeit zuordnen; jedes von ihnen ist mit einer dominanten externen Herausforderung konfrontiert. Dies gilt allerdings nur schwerpunktmäßig und nicht für Folgeeffekte, denn es gibt auch soziale Folgen der Globalisierung, ökonomische Folgen des Klimawandels etc.

Will man vor diesem Hintergrund das Thema „Strategische Regionsbildung" verorten, so ist es am engsten mit der Globalisierung und den wirtschaftlichen Zielen verknüpft. Das zentrale Bindeglied lässt sich im Wettbewerb ausmachen. Globalisierung intensiviert den Wettbewerb nicht nur zwischen Unternehmen, sondern – als abgeleiteten Wettbewerb – auch zwischen Städten und anderen Gebietskörperschaften (vgl. Mäding 2006). Strategische Regionsbildung als eine spezielle Form der Kooperation ist ein Weg unter mehreren, wie Unternehmen und Städte – meist mehr oder weniger Hand in Hand – diesem intensivierten Wettbewerb erfolgreicher standzuhalten versuchen. Es ist also ein Handlungskonzept, kein analytisches Konzept, wie beispielsweise die geographische Abgrenzung von Verflechtungsbereichen oder von Arbeitsmarktregionen. Dieses Handlungskonzept kann vom Staat angestoßen werden, basiert aber zumeist auf kommunaler Initiative.[1]

2 Globalisierung und Wettbewerb

Etwa ab 1990 sammelten sich mehrere Diskussionsstränge unter dem damals neuen Schlagwort „Globalisierung", obwohl die analysierten Prozesse teilweise schon viel früher begannen.[2] „Die Debatte um die Folgen der Globalisierung ist u. a. deswegen so schwierig, weil je nach Blickwinkel die Globalisierung als dramatischer und neuer oder als kontinuierlicher und alter Entwicklungsprozess erscheint" (Henckel 1998: 33).

Im Kern geht es um eine räumliche Expansion der Arbeitsteilung, sodass für immer größere Anteile der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung die Entscheidungen in Beschaffung, Investition, Produktion und Absatz die nationalstaatlichen Grenzen überschreiten und transnationale, letztlich globale Verflechtungen entstehen. Dabei wächst der Welthandel schneller als das Weltsozialprodukt, wachsen die globalen Finanztransaktionen – weitgehend abgelöst von den Handelsströmen – schneller als der Welthandel. „Material-, Kapital- und Wissensströme sind räumlich immer mehr voneinander entkoppelt" (Floeting, Hollbach-Grömig 2005: 14).

Die säkular sinkenden Transport- und Transaktionskosten und die neuen Möglichkeiten globaler Kommunikation, der schrittweise Abbau von Handelshemmnissen und das zunehmende Gewicht neuer Marktpartner in den Schwellenländern erweitern die Optionsräume von mehr und mehr Unternehmen, im übertragenen Sinne, etwa wenn sie sich fragen: „Make or buy? Soll ich das Vorprodukt oder den Teilprozess selber machen oder einkaufen?" Aber auch im wörtlichen, geographischen Sinne, wenn sie sich fragen: „Wo in Europa, wo in der Welt ist der beste Standort für meine Produktion?" Die Direktinvestitionen von deutschen Unternehmen im Ausland und von ausländischen Unternehmen in Deutschland wachsen, ganz zu schweigen von der wachsenden Bedeutung multinationaler Unternehmen.

Durch die geographische Expansion der Handlungsräume der Unternehmen wachsen auch die Überschneidungen der Marktgebiete, wächst die Konkurrenz.

[1] Wesentliche Teile der folgenden Überlegungen decken sich mit Mäding (2010). Dem VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, sei für seine Zustimmung gedankt.

[2] Zum Thema Globalisierung und Stadtentwicklung vgl. Heinz (2008).

Damit wächst der Druck zu rationalisieren und Optionen in Erwägung zu ziehen, die man gestern noch ausgeklammert hat. Aus sich heraus findet dieser Prozess kein Ende.

Städte stehen heute im Wettbewerb, ob sie wollen oder nicht, weil Unternehmen im Wettbewerb stehen und weil diese sich daher bei ihren im Prinzip freien Standortentscheidungen (Verlagerung, Investition) um ein günstiges Verhältnis von Nutzen zu Kosten am jeweiligen Standort bemühen müssen. Bei den Nutzen und Kosten vergleichen die Unternehmen interregional die (weitgehend immobilen) Standortfaktoren (z. B. Lage, Flächenverfügbarkeit, Flächenpreise, Arbeitskräfteverfügbarkeit, Lohnsätze/Produktivitäten, Infrastrukturangebote, deren Tarife, Steuersätze, Fördermittel u. a. m.) Diese Standortfaktoren steuern aber nicht nur Ansiedlungsentscheidungen und Bleibeentscheidungen von Unternehmen, sie beeinflussen auch in hohem Maße den wirtschaftlichen Erfolg aller Unternehmen vor Ort. Diese Standortfaktoren sind von den örtlichen politischen Entscheidungsträgern mehr oder weniger leicht gestaltbar, Steuersätze leichter als der Bildungsstand des lokalen Arbeitskräftepotenzials. Dabei stützt sich das Interesse der politischen Entscheidungsträger an der Attraktivität des Standortes und am wirtschaftlichen Erfolg der örtlichen Unternehmen auf zwei Wirkungsketten: auf das Interesse der Wähler an (gut bezahlten) Arbeitsplätzen und auf das Interesse der lokalen Politik und Verwaltung an lokalen Einnahmen, die beim vorherrschenden Finanzsystem mit der örtlichen Wirtschaftskraft verbunden sind. Auch hinter diesem Interesse steht in der Demokratie letztlich ein Wählerinteresse an den Leistungen, die mit diesen Einnahmen möglich werden.

Bei dieser Betrachtung des internationalen Städtewettbewerbs als einem abgeleiteten Wettbewerb muss noch ein weiterer Faktor ins Spiel gebracht werden: der sektorale Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft mit einer Schlüsselstellung des Produktionsfaktors Wissen, die es erlaubt, heute von einer „Wissensgesellschaft" zu sprechen. Mit diesem Strukturwandel ändert sich nicht nur die Bedeutung einzelner Standortfaktoren, vielmehr wird die Produktion insgesamt standortunabhängiger. In der Fachliteratur spricht man plastisch vom Vordringen der „footloose industries", der Unternehmen ohne große Bodenhaftung, die eigentlich überall produzieren könnten und, weil die Verlagerungskosten sinken, daher auch – wie Nomaden – leichter als andere ihre Zelte abbrechen. Die wechselseitige Verstärkung dieses Trends mit der Globalisierung liegt auf der Hand.

3 Regionale Kooperation als ein Wettbewerbsparameter

Für die Stadtregierungen, in Stellvertretung für die lokale Bevölkerung, ist die Attraktivität für wirtschaftliche Aktivitäten auf dem städtischen Territorium aus den dargelegten Gründen von höchster Wichtigkeit. Im Wettbewerb der Städte müssen alle Register gezogen werden. Zum Spektrum der kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Standortfaktoren sollen wenige Bemerkungen genügen:

Ihre geographische Lage ist für alle Städte ein Datum. Vor- und Nachteile aus der Lage variieren mit politischen Grenzen und deren Aufhebung, mit Änderungen der Verkehrstechnik und -infrastruktur, mit Änderungen der Zentren von Produktion und Konsum und in deren Gefolge: mit Änderungen in der Richtung der Verkehrsströme.

Lage ist ein Datum, Erreichbarkeit nicht. Daher entsteht das starke Interesse der Städte an Flughäfen oder dem Anschluss an die Netze des Schienenschnellverkehrs.

Flächenverfügbarkeit ist nicht allein eine Frage der Hektarzahlen. Es geht auch hier um Lage (z. B. Autobahnnähe), um Baurecht, Umweltauflagen, Leitungsanschlüsse u. a. m.

Voraussetzungsvoller ist der Einfluss auf das Angebot von Arbeitskräften. Einerseits lässt sich seine Qualifikationsstruktur vor Ort nur in längeren Zeiträumen verändern, andererseits ist Arbeitskraft potenziell mobil. Die ostdeutschen Bundesländer, Städte und Gemeinden haben in den zurückliegenden Jahren eine Schwächung ihrer Standortgunst (nicht notwendig auch: die Schwächung ihrer Wohlfahrtsposition) durch die erhebliche Netto-Abwanderung erfahren müssen.

Finanzwirtschaftliche Parameter spielen eine unterschiedliche und unterschiedlich eingeschätzte Rolle. Für die Entscheidung der Deutschen Börse, von Frankfurt nach Eschborn umzuziehen, hat sicher die Hebesatzdifferenz bei der Gewerbesteuer eine gewichtige Rolle gespielt. Andererseits wird die Bedeutsamkeit von Steuerlasten bei Umfragen unter Unternehmen aus Eigeninteresse systematisch überbetont.

Großes Gewicht wurde in Deutschlands Städten – mehr als im Bund und den Ländern – in den zurückliegenden 20 Jahren auf die sog. Binnenmodernisierung der Verwaltung gelegt, die überwiegend unter dem Sammelnamen „Neues Steuerungsmodell" betrieben wurde. *One-stop-agencies* für Unternehmen sind inzwischen ähnlich weit verbreitet wie Bürgerbüros für die Einwohner. Da Zeit bekanntlich Geld ist, hat auch die verlässliche Beschleunigung aller unternehmensbezogenen Verwaltungsvorgänge in vielen Städten Aufmerksamkeit gefunden.

In der regionalökonomischen Theorie sind in den zurückliegenden Jahrzehnten verschiedene Erklärungen für den Erfolg von Regionen entwickelt worden. Fast immer spielen dabei die kooperativen Konzepte Cluster oder Netzwerke (zwischen Unternehmen und Unternehmen, zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen) als Basis für „lernende Regionen" und für die Verstetigung von Innovation eine zentrale Rolle (vgl. Floeting, Hollbach-Grömig 2005; Wiechmann 2002). Solche Cluster orientieren sich nicht an administrativen Grenzen, aber als Initiator und Moderator wird nicht selten der kommunalen Wirtschaftsförderung und ihrem Cluster-Management eine wichtige Aufgabe zugewiesen (vgl. Wiechmann 2002: 90 ff.; Läpple, Soyka 2007; Floeting, Hollbach-Grömig 2005). Auch der Staat gibt über regional ausgerichtete Wettbewerbe wie InnoRegio, BioRegio, Media@Komm oder den „Spitzencluster"-Wettbewerb des Forschungsministeriums Impulse auf diesem Feld.

4 Strategische Regionsbildung: Wo liegt das Neue?

Über branchenspezifische Cluster-Konzepte geht die „Strategische Regionsbildung" hinaus.[3] Als eine spezifische Form der Kooperation zielt sie darauf ab, die durch das Territorium vorgeprägte Begrenztheit der einzelnen Stadt und ihrer Ressourcen zu

[3] Überlegungen unter dem Terminus „Strategische Regionsbildung" wurden von mir erstmals vorgestellt in Mäding (1999).

überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine allein geographisch zu beschreibende räumliche Ausweitung , deren Akteure nach draußen anschließend mehr Ressourcen einsetzen und mehr Optionen anbieten können, sondern auch um eine Veränderung in der Art der Aufgabenwahrnehmung, sowohl in der Handlungsorientierung (Außenorientierung) als auch im Handlungsmodus (Kooperation mit Privaten).

Spätestens mit der Urbanisierung und Industrialisierung Deutschlands, beginnend im 19. Jahrhundert und mächtig fortschreitend über alle Krisen und Kriege hinweg bis etwa 1960/1970, wurde zunehmend offenkundig, dass selbst die größeren Städte als politisch-administrative, territorial abgegrenzte Gebietskörperschaften für die effektive und effiziente Bearbeitung vieler öffentlicher Aufgaben und die Lösung vieler Probleme oft räumlich zu klein geschnitten sind, dass interkommunale Aufgabenerfüllung und Problemlösung überlegen sind und dafür auch eigene regionale Trägerstrukturen geschaffen werden sollten.

In den Stadtregionen waren es v. a. zwei Typen von Aufgaben, die nach neuen überkommunalen Lösungen riefen (vgl. Beier, Matern 2007):

1. Raumplanung

   Die rapide Siedlungsentwicklung führte zur Zunahme von Konflikten zwischen unterschiedlichen Raumnutzungsansprüchen, etwa zwischen Wohnen und Arbeiten, Siedlung und Freiraum. Sie stellte neue Ordnungsaufgaben, etwa was die Sicherung von Freiräumen zur wohnungsnahen Erholung anging oder die Trassierung der Verkehrsinfrastruktur oder die Bündelung des Wohnens um Haltepunkte des Schienenverkehrs. Sozioökonomische Verflechtungsräume und administrative Zuständigkeitsräume fielen mehr und mehr auseinander. Diese Probleme städtischer Ballungsräume sind die Geburtsstunde der Landes- und Regionalplanung in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts, nicht nur beim oft genannten Vorreiter, dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. Die Erfolge der Regionalplanung werden allerdings sehr unterschiedlich eingeschätzt bis hin zu Gansers Verdikt, sie sei „Protokollinstanz der Ohnmacht" (Ganser 2005: 20).

2. Infrastruktur

   Technische Entwicklungen, Netzzusammenhänge und betriebliche Optimierungen führten darüber hinaus in einigen technischen Infrastruktursektoren, v. a. bei der Ver- und Entsorgung und im Verkehrswesen, dazu, dass die einzelnen Gebietskörperschaften für die optimalen Betriebsgrößen zu klein wurden. Zweckverbände und Verkehrsverbünde waren die angemessenen Antworten. Das galt ähnlich auch für soziale und kulturelle Infrastrukturen, etwa im Gesundheitswesen, im beruflichen Schulwesen oder bei den Volkshochschulen.

Bei diesen „traditionellen" Regionsbildungen, die den Versuch unternehmen, administrative Strukturen der Lebenswirklichkeit der Bürger anzupassen, sind in Deutschland gegenwärtig Stuttgart (Verbandslösung) und Hannover (Regionalkreis) am weitesten – in verschiedenen Richtungen – vorangegangen und daher auch allgemein bekannt geworden.

Alle diese Regionalisierungen folgten primär der ökonomischen Vernunft und waren – eher reaktiv – auf die Verbesserung des inneren Funktionierens der Stadtregion gerichtet. Strategische Regionsbildung folgt eher der politischen Vernunft und agiert pro-aktiv. Der erste entscheidende Unterschied, den die Strategische Regionsbildung heute intendiert, besteht in der ***Ausrichtung nach außen***:

- der *Erzeugung von Aufmerksamkeit* und positivem Image (Regionalmarketing im engeren Sinne),
- dem *Lobbying* beim Land, beim Bund, bei der EU (regionale „Außenpolitik"), beides letztlich mit dem Ziel
- der *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit*, des „akquisitorischen Potenzials", der Stadtregion.

Dieses akquisitorische Bemühen, diese Entwicklungs- statt Ordnungsorientierung, kann auf die *Anziehung oder Bindung unterschiedlicher mobiler Entwicklungspotenziale* gerichtet sein:

- Es richtet sich erstens auf das *Sachkapital*, d. h. auf produktive Investitionen meist privater Unternehmen als Voraussetzung für Arbeitsplätze und damit für Einkommenschancen der Bevölkerung und für Einnahmechancen für öffentliche Haushalte.
- Regionen konkurrieren zweitens um qualifizierte *Einwohner* als Anreiz für solche Investitionen und als Steuerquelle. Dieses Interesse am Einwohner als Arbeitskraft wird heute – gerade in Regionen mit Bevölkerungsrückgang – ergänzt um ein Interesse am Einwohner auch als Transferempfänger, etwa am Rentner, dessen Kaufkraft örtliche Nachfrage ebenfalls stabilisiert und der im einwohnerbezogenen Finanzausgleich positiv zu Buche schlägt.
- Drittens geht es um erwünschte öffentliche *Investitionen* höherer Ebenen (Verkehrsverbindungen, Hochschulen, Forschungsinstitute, Behördenstandorte) oder auch nur um Zuschüsse von oben, zunehmend auch von der EU.
- Schließlich gibt es eine Konkurrenz um attraktive *Ereignisse* in Kultur und Sport, die die Lebensqualität der Bewohner steigern und Besucher und Touristen und deren Kaufkraft anlocken und die die Stadt darüber hinaus weit, möglichst weltweit, bekannt machen sollen.

Die Verbesserung und Inszenierung der „weichen" Standorteigenschaften im Rahmen des Regionalmarketing für die Gewinnung von mobilen Entwicklungspotenzialen ist eine zwar nach innen gerichtete, aber nach außen orientierte Teilstrategie der Strategischen Regionsbildung. Zielsetzungen richten sich auf eine intakte Umwelt und dabei auch auf die Verschonung von unerwünschten öffentlichen Investitionen (z. B. Müllverbrennungsanlagen), auf ein Klima von Sicherheit und Toleranz im öffentlichen Raum, auf ein Image der Verwaltung als „wirtschaftsfreundlich"[4] und/oder „kinder-und familienfreundlich".

[4] In einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik erwies sich „Unternehmensfreundlichkeit" als der wichtigste weiche Standortfaktor (vgl. Grabow, Henckel et al. 1995).

Dieses akquisitorische Bemühen im Wettbewerb zeigen zwar auch die einzelnen Städte, der entscheidende Unterschied in der Wirksamkeit liegt allerdings darin, dass sich die Region als Ganzes als „kooperativer Gesamtstandort" (Brake 1997) anbieten kann. Damit vermag sie auch dann aus der Gesamtheit und Unterschiedlichkeit des regionalen Potenzials eine Lösung zu bieten, wenn die einzelne Gemeinde „passt", wenn aus ihrer internen Diversität die Kraft geschöpft wird alle anzuziehen und sie sich zugleich als Ort des Business und der Entspannung, als Ort der Moderne und der Tradition darstellt, quasi mit „Laptop und Lederhose".

Die zweite große Neuerung neben der Außenorientierung liegt in den ***neue***n ***Kooperationsformen*** zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Hand. Die Unternehmen im Wettbewerb sowie die Städte und Regionen im Wettbewerb haben mit dessen Intensivierung nicht nur deutlicher zu spüren bekommen, sondern auch besser erkannt, dass sie in einem Boot sitzen, da sie wechselseitig Vorleistungen füreinander erbringen: Die Städte gestalten Standortfaktoren, auf die die Unternehmen angewiesen sind und die Unternehmen sind Hauptquelle der Wirtschaftskraft, von der die Städte über Arbeitsmarkt und Einnahmen profitieren.

Zu dieser Vorleistungsverflechtung tritt die Komplementarität („Synergie") in den Handlungsmöglichkeiten und Orientierungen[5] hinzu. Beide Seiten haben ihre spezifischen Stärken und Schwächen: Die Gebietskörperschaften sind dauerhafter, gehen auch bei extremen Fehlentscheidungen nicht einfach unter, haben Finanzierungsmöglichkeiten über Steuern und Kredite, von denen Unternehmen nur träumen können, können über legitimierte Rechtsetzung, z. B. auch räumliche Pläne, wirtschaftliche Optionen eröffnen und verschließen. Die privaten Unternehmen andererseits sind insgesamt flexibler, können noch dort operieren, wo etwa das Gemeindewirtschaftsrecht oder die EU-Richtlinien öffentliches Handeln begrenzen, sind wegen ihrer Verletzlichkeit stärker an Erfolg und Effizienz orientiert, haben im Geld einen einheitlichen Maßstab, der das Abwägen erleichtert.

Komplementaritäten spielen aber auch bei simpleren Fragen eine große Rolle, etwa wenn öffentliche Hand und Privatwirtschaft sich wechselseitig zusichern, bei der Akquise von Spitzenkräften möglichst auch für den Arbeitsplatz des Ehepartners zu sorgen (*Dual Career Program*).

Aus diesen und anderen guten Gründen haben beide Seiten in den letzten Jahrzehnten immer häufiger ihre Handlungsmöglichkeiten kombiniert: In gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, in sog. Public Private Partnerships etwa bei den großen Projekten der Stadtentwicklung, im Konzept der Gewährleistungsverwaltung, wo die öffentliche Hand die Leistungen, z. B. im ÖPNV, plant und vergibt, mitfinanziert und kontrolliert, und die private Wirtschaft die Leistungen im engeren Sinne herstellt, also die Busse betreibt. Solche Kooperation charakterisiert auch die Strategische Regionsbildung. Sie ist damit ein Beispiel für den tiefgreifenden Wandel der Staatlichkeit, der dadurch gekennzeichnet ist, dass immer häufiger im Verhältnis zur Wirtschaft (übrigens auch zu den Bürgern) der Herrschaftsaspekt mit seiner expliziten Über- und Unterordnung

[5] Vgl. die Unterscheidung bei Fürst (2008) zwischen der eher territorialen Orientierung der Verwaltung und der eher funktionalen Orientierung der Wirtschaft, die in Metropolregionen zu Spannungen führt.

zurücktritt und der Aspekt der Suche nach Win-win-Konstellationen, der Kooperation „auf Augenhöhe" und der Koproduktion nach vorn tritt.

Die Entscheidung für öffentlich-private Kooperation bedeutet nicht, dass hinfort alles gemeinsam gemacht wird. Die Umsetzung gemeinsamer Richtungsentscheidungen erfolgt oft separiert, entweder in öffentlicher oder in privater Verantwortung. Legitimationsprobleme, etwa zwischen der verhandelnden Verwaltung und dem ratifizierenden Rat, oder Verteilungskonflikte, etwa zwischen großen und kleinen Gemeinden, bleiben nicht aus.[6]

„Strategisch" ist in den letzten Jahren als positiv qualifizierendes Beiwort auf dem Vormarsch, wie die Beliebtheit von Begriffen wie „Strategisches Management" oder „Strategische Planung" zeigt. Im Kontext der Regionsbildung können Entscheidungen, Projekte oder Kooperationen aus verschiedenen Gründen als „strategisch" bezeichnet werden:

- wenn sie hohes Gewicht haben und „die große Richtung des Handelns" (Schedler, Proeller 2003: 20) definieren,
- wenn sie auf lange Dauer und den langfristigen Erfolg angelegt sind, die Akteure also nicht den kurzfristigen Vorteil suchen, sondern beim Vorteils-Nachteils-Ausgleich unter den Kooperationspartnern den Faktor Zeit zur intertemporalen Paketbildung einsetzen können und so die Einigungschance erhöhen und die Basis für Vertrauensbildung legen können, oder
- wenn sie nicht in jedem Detail in der Stunde Null ausformuliert und damit festgeschrieben sind, sondern Anpassungsspielräume bieten und so mit wechselnden Rahmenbedingungen besser fertig werden können (Kühn 2008).

Alle drei Gründe treffen auf die Strategische Regionsbildung zu.

5 Entscheidungsfelder der Kooperation

Im Prozess der Strategischen Regionsbildung stehen drei interdependente Fragenkreise jeweils im Mittelpunkt: regionale Reichweite, Aufgabenbreite und Trägerstruktur. Das Bild der gefundenen „Lösungen", also der tatsächlichen Regionsbildungen, ist – auch wenn man nur Deutschland betrachtet – vielfältig, ja verwirrend. Die Lage wird dadurch erschwert, dass einzelne Regionen im Laufe der Zeit ihren „Zuschnitt" geändert haben, dass die Unterscheidung, zwischen dem, was ist, und dem, was nach außen vermittelt wird, nur schwer von Externen getroffen werden kann[7] und dass es in einzelnen Regionen oft eine Gemengelage von regionalen Aktivitäten und Akteuren mit unterschiedlicher Reichweite, Aufgabenstellung und Trägerstruktur gibt, die sich teils ergänzen, teils überschneiden. Diese Gemengelage macht erst als Ganzes die Region aus, wird aber nicht von einer Entscheidungsinstanz zentral kommandiert. Solche regi-

[6] „ [...] one should be careful not to overvalue networks and regional cooperation because of their inherent tendency towards oligarchic structures and economic interests" (Fürst, Knieling 2002: 7).

[7] Hier brauchte es in die Tiefe gehende Fallstudien mit der ganzen Bandbreite der politikwissenschaftlichen Methoden (Experteninterviews, Dokumentenanalyse).

onalen Akteursnetze werden zukünftig nicht mehr nur links und rechts „mit Nachbarn" konkurrieren (z. B. um Fördermittel, Aufmerksamkeit oder Image), sondern auch mit „Vorder- und Hintermännern", also anderen Regionen und Netzen mit sachlich oder räumlich abweichendem Zuschnitt, aber überlappenden Aufgaben – und Gebietsdefinitionen. In einer Publikation der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Regionalisierung und Regionsbildung im Norden" mit vier Fallstudien aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein wird schon von einer „Übermöblierung" (vgl. Bernat, Diller et al. 2009: 20) gesprochen und am Beispiel der Region Göttingen/Südniedersachsen deutlich gemacht, wie die Konkurrenz zwischen zwei solchen regionalen Trägern (Regionalverband Südniedersachsen e. V./kommunalnah und SüdniedersachsenStiftung e. V./wirtschaftsnah) entwicklungshemmend wirken kann: „Die regionalen Schlüsselakteure verharren in institutionell getrennten Systemen, die in Konkurrenz zueinander stehen [...]" (Löb, Nischwitz 2009: 45). Im Folgenden wird v. a. auf Beispiele aus den inzwischen elf deutschen Regionen verwiesen, die durch Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung in einen Kreis der „Europäischen Metropolregionen" aufgenommen worden sind.

Regionale Reichweite

Das grundlegende Dilemma bei der Bestimmung der regionalen Reichweite ist schnell beschrieben: Mit wachsender Größe wächst einerseits das Gesamtpotenzial (an Akteuren, an Geld, an Standorten), es wächst aber zugleich der Umfang der zu berücksichtigenden Interessen, und damit nehmen auch das Konfliktpotenzial und die Abstimmungsdauer zu. Letzteres ist v. a. dann von Nachteil, wenn wettbewerbliche Konstellationen ein rasches Handeln erfordern. Unterschiedliche Interessen wirken aber nicht nur verzögernd. Ihr Ausgleich im – vielleicht faulen – Kompromiss kann nach innen zu ineffektiven Projekten, nach außen zu verwaschenen Bildern führen, zu einem Profilverlust, der den Intentionen der Regionsbildung widerspricht.

Beim Blick auf die elf Metropolregionen erscheinen einige monozentrische in ihrer Abgrenzung weitgehend unproblematisch (Beispiele Stuttgart, München), bei anderen stellt sich sehr deutlich die Frage der Erstreckung in ländliche Räume, so v. a. bei der räumlich größten, Berlin-Brandenburg, die das ganze ländlich geprägte Land Brandenburg mit umfasst, aber auch bei Nürnberg. Gaben im Berliner Fall landespolitische Rücksichten auf Brandenburg den Ausschlag, so war es im Nürnberger Fall wohl eher die Sorge, die Mindesteinwohnerzahlen zu verfehlen – die man als Voraussetzung für die politische Zustimmung durch die MKRo unterstellte. Größe geht aber leicht zu Lasten der internen Handlungsfähigkeit (vgl. Fürst 2008:226). Dass auch „Überregionale Partnerschaften" funktionieren können, soll ein neues Modellprojekt der Raumordnung (MORO) belegen (vgl. BBR 2008: 6).Besondere Abgrenzungsprobleme werfen polyzentrische Neukonzeptionen auf, wie die Metropolregion Sachsendreieck (heute: Mitteldeutschland) mit ihren fünf (traditionell konkurrierenden) Großstädten Chemnitz, Dresden, Halle, Leipzig und Zwickau oder der Raum Hannover – Braunschweig – Göttingen, der den Verwaltungsraum des Regionalkreises, des Nachfolgers des Verbandes Großraum Hannover, deutlich übersteigt. Hier liegt das Gewicht der Binnenkooperation inzwischen auf vier Teilregionen (Hannover, Braunschweig, Göttingen und Weserbergland) (vgl. Bernat, Diller et al. 2009).

Besondere Schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme gibt es auch in Nordrhein-Westfalen (vgl. Mielke, Münter 2010) mit der Metropolregion Rhein-Ruhr wegen der Größe der erfassten Bevölkerung (11,5 Mio. Einwohner), wegen der Vielzahl und relativen Gleichwertigkeit der umfassten 20 kreisfreien Städte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern, wegen der Unterschiedlichkeit der beiden Teilregionen Ruhrgebiet und Rheinschiene, aber auch wegen alter Rivalitäten, wie bekanntlich zwischen Köln und Düsseldorf. Hier erscheint das Konzept einer vom jeweiligen Thema abhängigen variablen räumlichen Abgrenzung bei der Regionsbildung besonders naheliegend, bei der eine Stadt wie Bonn teils gemeinsam mit ihren zwei angrenzenden Kreisen als Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler, teils im Verbund mit Köln (REGIONALE 2010 Köln/Bonn) (vgl. Kuss, Meyer et al. 2010), teils in der Teilregion Rheinschiene und nur in den seltensten Fällen im größten Regionszuschnitt, nämlich im Kontext der Metropolregion Rhein-Ruhr, aktiv wird. Wir haben es dann mit einer gestuften, konzentrischen Identität zu tun, die der Einzelperson ja auch nicht fremd ist, die sich als Bonner, Rheinländer, Deutscher und Europäer fühlen kann.

Aufgabenbreite

Die nach außen gerichteten Funktionen (Regionalmarketing, Lobbying und Wirtschaftsförderung, v. a. in Richtung Akquisition) sind die neuen prägenden Kennzeichen der Strategischen Regionsbildung. In einzelnen Regionen werden aber auch die beiden klassischen Aufgabenfelder für regionale, d. h. überkommunale Zusammenarbeit wahrgenommen, nämlich räumliche Planung für Siedlung und Freiraum, so bei den Metropolregionen Stuttgart und Rhein-Neckar, und die Zuständigkeit für bestimmte regional wichtige Infrastruktursektoren wie Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung, doch verschiebt sich das Aufgabenfeld vermehrt hin zu Technologietransfer, Forschung und Entwicklung, Bildung und Qualifizierung.

Wegen ihrer Außenwirkung stellen auch die sportlichen und kulturellen Großereignisse ein Aufgabenfeld der Strategischen Regionsbildung dar, wie bei der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 deutlich wird. Überblicke über das Selbstverständnis und die Aktivitäten der Metropolregionen (vgl. IKM 2006) oder auch der Regionalverbände (vgl. AG 2006) belegen die große Bandbreite der heute tatsächlich praktizierten Kooperationsaktivitäten und die unterschiedliche Schwerpunktsetzung zwischen traditioneller Kooperation und Strategischer Regionsbildung.

Zwischen Aufgabenbreite und regionaler Reichweite besteht ein direkter Zusammenhang: Für reine Marketingaktivitäten mögen sehr große Kooperationsräume geeignet sein – man denke etwa an die bekannten Inseratkampagnen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, „Ein starkes Stück Deutschland", oder des Landes Baden-Württemberg, „Wir können alles außer hochdeutsch" – für detaillierte Zusammenarbeit bei Leistungen der Wirtschaftsförderung (Technologie- und Gründerzentren, gemeinsame Gewerbegebiete, Liegenschaftsfonds, Technologietransfer oder Förderung von Existenzgründern) scheinen kleinere Zuschnitte eher zielführend zu sein.

Trägerstruktur

Die grundlegende Frage ist allenthalben zugunsten der Kooperation von öffentlichen und privaten Trägern entschieden. Versteht man „strategisch" in der Bedeutung von langfristig und dauerhaft, werden weder freiwillige Arrangements wie gelegentliche Gesprächsrunden (Regionalkonferenzen, Technologierunden) oder auch aufwendige Leitbildprozesse ausreichen noch Berge von individuellen Verträgen bei einer Kooperation „von Fall zu Fall". Ein organisatorischer Kern ist erforderlich. Je nach der konkreten Aufgabenstellung bieten sich in erster Linie die Rechtsformen der GmbH, des eingetragenen Vereins oder auch der (kommunalen) Arbeitsgemeinschaft für die formalisierte und dauerhafte Kooperation an. Dies ist ausdrücklich nicht als eine Ja/nein-Entscheidung aufzufassen. In vielen Fällen treten die Formen verzahnt nebeneinander auf.

Die organisatorischen Schemata werden schnell komplex, wenn man für die Gesamtsteuerung und die verschiedenen Einzelaufgaben jeweils passgerechte organisatorische Lösungen konzipiert. Besonders komplex muss die Trägerstruktur in Räumen ausfallen, die Ländergrenzen überschreiten. Dafür ist die Metropolregion Rhein-Neckar ein besonders gutes Beispiel. Hier bilden drei Großstädte aus zwei Bundesländern (Mannheim und Heidelberg aus Baden-Württemberg, Ludwigshafen aus Rheinland-Pfalz) zusammen mit mehreren Landkreisen, von denen einer in einem dritten Bundesland, in Hessen, liegt, einen eng verflochtenen Wirtschaftsraum. Hier hatte es schon längere Zeit einen zweistufigen Planungsverband gegeben, in dem die regionalen Planungen der Teilräume koordiniert wurden. Der neue einstufige Verband, der bis 2020 einen einheitlichen Raumordnungsplan erstellen soll, wurde 2005 durch einen Staatsvertrag als Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) auf eine neue Grundlage gestellt. Zusammen mit den Industrie- und Handelskammern und dem Verein Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar[8], der der strategischen Steuerung und der Mobilisierung dient, wurde eine GmbH gegründet, die neben den Geschäftsstellen von Verband und IHKs eigene Vollzugsaufgaben wahrnimmt. Hier – wie übrigens auch am Bodensee oder Oberrhein – ist es ein Ziel, durch Kooperation quasi aus drei Randlagen einen gemeinsamen Wachstumspol zu entwickeln.

6 Strategische Regionsbildung als Prozess

Neue Organisationsformen brauchen Ressourcen, um ihre Ziele zu erreichen. In der politik- und verwaltungswissenschaftlichen Literatur werden verschiedene solcher Ressourcen unterschieden, v. a.:

- das Recht als Handlungsbasis des öffentlichen Sektors im modernen Rechtsstaat,
- das Geld als Steuerungsmedium der Wirtschaft,
- das Wissen, das technische Produkte und soziale Strategien effektiver und effizienter macht, und

[8] Vormals Rhein-Neckar-Dreieck.

- die Macht, die aus Recht, Geld und Wissen oder personalen Faktoren („Charisma") abgeleitet wird.

Abschließend wird die These vertreten, dass diese Ressourcen, die die sozialwissenschaftlichen Theorien dominieren, beim Aufbau regionaler Kooperationen nicht im Mittelpunkt stehen, sondern dass es hier primär um etwas geht, das in der politikwissenschaftlichen Systemtheorie (vgl. Easton 1965) „Unterstützung" (Support) genannt wird. Dies ist die freiwillige, durch Anreize gestützte, dauerhaft internalisierte Bereitschaft der einzelnen Akteure, die gemeinsamen Ziele zu fördern („Teamgeist" und „Commitment"). Bei den „modernen" Formen der Strategischen Regionsbildung spielt das Kosteneinsparungsargument eine geringere Rolle als bei den traditionellen Zweckverbänden. Daher ist für den Erfolg der hier eingesetzten „weichen" Handlungsformen ein höheres Maß an regionalem Selbstverständnis („Identität") und an regionalem, nicht kommunalem „Commitment" erforderlich.

Bei aller Strukturoptimierung im Rahmen der Strategischen Regionsbildung darf nicht vergessen werden, dass regelmäßig Führungspersönlichkeiten (aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) als Meinungsführer und Promotoren für Erfolg und Scheitern der Regionsbildung eine große Rolle spielen. Diese brauchen neben wechselseitigem Vertrauen, neben Führungsqualitäten und regionalem *Commitment* auch politische Sensibilität, um gerade die kleineren Gemeinden nicht durch ein machtpolitisch getöntes Selbstbewusstsein der Städte zu verschrecken oder die sozialen und ökologischen Interessen in der Zivilgesellschaft durch eine zu weit gehende Ausrichtung auf wirtschaftliche Entwicklungsziele zu provozieren. Besonders wichtig sind die *Organising Capacities* und *Management Skills* dieser Personen.

„Unsicheres Wissen, individuelle Wertvorstellungen und die Komplexität der Wirkungszusammenhänge erfordern einen kommunikativen Lern- und Suchprozess und eine offene Diskussionskultur zwischen Akteuren aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft" (Wiechmann 2004: 3). Auch nach Einrichtung einer Region ist über eine kontinuierliche Beobachtung von Schwachstellen eine gelegentliche Anpassung von Reichweite, Aufgaben und Organisation erforderlich. Oft wird man nach einer Phase der Suche nach Win-win-Konstellationen, die für den Start freiwilliger Kooperation unersetzlich sind, zu Problemen mit Verteilungsfragen vordringen müssen. Wichtig ist also nicht die lange anfängliche Suche nach einer richtigen Lösung für möglichst alle zukünftigen materiellen und prozeduralen Probleme, sondern die Bereitschaft, einen innovativen und fairen Prozess „gelenkter Selbstorganisation" (vgl. Birk, Dumont du Voitel 2006) zu beginnen, in den Kommunen und Wirtschaft, Hochschulen und Bürgergruppen ihre Ideen von nachhaltiger Regionalentwicklung und öffentlich-privater Kooperation einbringen können. Ein solcher Prozess bedarf zur Steuerung und Priorisierung (zwischen Teilräumen, zwischen sektoralen Gruppierungen) eines inneren Führungszirkels engagierter Personen. Dass eine externe Moderation nützlich sein kann, ist unbestritten. Die Idee eines Coaching der Akteure hat sich beim Netzwerk „Regionen der Zukunft" als geeignetes Beratungsinstrument in der Regionalentwicklung erwiesen (vgl. Wiechmann 2004).

Den kontinuierlichen Prozess der Aushandlung, Anpassung und Verbesserung hinsichtlich materieller Ziele und organisatorischer Strukturen diskutieren Wissenschaft und Praxis heute auch in den deutschsprachigen Staaten überwiegend unter dem Stichwort „Regional Governance" (vgl. Benz 2001; Benz, Fürst 2003a,b; Fürst 2001, 2004, 2007, 2008). Man versteht darunter variable regionale Netzwerke öffentlicher und privater Akteure, wobei die öffentlichen Akteure verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land, Region und Kommune) und Fachressorts (Wirtschaft, Landwirtschaft, Raumordnung, Wissenschaft und Forschung) angehören. Die Interaktionen sind gekennzeichnet durch eine Mischung von Steuerungsmechanismen: verhandlungsbasierte Kooperation, hierarchische Regulierung und Förderung, politischen Wettbewerb. Es ist offenkundig, dass solche Entscheidungsprozesse in zentralen Phasen außerhalb der traditionellen demokratischen Entscheidungsstrukturen der Kommunen ablaufen und dadurch Impulse der Politik wecken, sie in kommunale Vertretungsorgane zurückzuholen oder wenigstens regionale Vertretungsorgane einzurichten. Es ist aber ebenso offenkundig, dass damit sowohl Vorteile lateraler Kooperation (v. a. mit den Unternehmen) als auch die Projektorientierung und Anpassungsflexibilität der Entscheidungen leiden müssten. Dies wäre kein geringer Preis, denn „mit zunehmender Unsicherheit und Komplexität wird die Anpassungsfähigkeit und -geschwindigkeit als solche immer entscheidender" (Birk, Dumont du Voitel 2006: 292). Die Verknüpfung von demokratischer Legitimation und effektiver sowie effizienter Aufgabenerfüllung bleibt eine dauerhafte Herausforderung für das politisch-administrative Handeln, gerade auch auf der regionalen Ebene und bei der Strategischen Regionsbildung.

Literatur

AG – Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Ballungsräumen; Regionalverband Ruhr (Hrsg.) (2006): Regionalverbände. Starke Partner für die Zukunftsgestaltung in den Ballungsräumen. Essen.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Überregionale Partnerschaften. In: Informationen aus der Forschung des BBR (2), 6.

Beier, M.; Matern, A. (2007): Stadt-Umland-Prozesse und interkommunale Zusammenarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung. ARL- Arbeitsmaterial 332. Hannover.

Benz, A. (2001): Vom Stadt-Umland-Verband zu „regional governance" in Stadtregionen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 40 (2), 55-71.

Benz, A.; Fürst, D. (2003a): Region – „Regional Governance" – Regionalentwicklung. In: Adamaschek, B.; Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern: Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh, 11-66.

Benz, A.; Fürst, D. (2003b): Erfolgsbedingungen für „Regional Governance" – Resümee. In: Adamaschek, B.; Pröhl, M. (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern: Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh, 189-211.

Bernat, E.; Diller, C.; Frank, K.; Hirschfeld, M.; Löb, S.; Mensing. K.; Nischwitz, G. (2009): Regionalisierung und Regionsbildung im Norden. ARL-Arbeitsmaterial 347. Hannover.

Birk, F.; Dumont du Voitel, R. (2006): Strategisches Management für Kommunen: Stadtmarketing als gelenkte Selbstorganisation strategischer Initiativen in der kooperativen Stadtentwicklung. In: Birk, F.; Grabow, B. ; Hollbach-Grömig, B. (Hrsg.): Stadtmarketing – Status quo und Perspektiven. Difu-Beiträge zur Stadtforschung 42. Berlin, 279-307.

Brake, K. (1997): Städtenetze – ein neuer Ansatz interkommunaler Kooperation. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 36 (1), 98-115.

Easton, D. (1965): A Framework for Political Analysis. New York.

Floeting, H.; Hollbach-Grömig, B. (2005): Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 44 (1), 10-39.

Fürst, D. (2008): Metropolregionen, Wissensregion und Governance. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (3), 219-229.

Fürst, D. (2007): Regional Governance. In: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, 353-365.

Fürst, D. (2004): Regional Governance. In: Benz, A. (Hrsg.): Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, 45-64.

Fürst, D. (2001): Regional Governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? In: Raumforschung und Raumordnung 59 (5-6), 370-380.

Fürst, D.; Knieling, J. (Hrsg.) (2002): Regional Governance. New Modes of Self-Government in the European Community. ARL – Studies in Spatial Development 2. Hannover.

Ganser, K. (2005): Die Region die Stadt der Zukunft – Perspektiven für die Regionalisierung. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Perspektiven der Regionalisierung. Zukunft von Stadt und Region 2. Wiesbaden, 19-26.

Grabow, B. Henckel, D.; Hollbach-Grömig, B. (1995): Weiche Standortfaktoren. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik 89. Stuttgart.

Heinz, W. (2008): Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung. Edition Difu 6. Berlin.

Henckel, D. (1998): Stadtentwicklungspolitische Konsequenzen der Globalisierung. In: Globalisierung. Dokumentation der 66. Sitzung des (Berliner) Stadtforums am 5.12.1997, 33-41.

IKM – Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (Hrsg.) (2006): Europäische Metropolregionen in Deutschland. Ansatz – Akteure – Aktivitäten. Stuttgart.

Kühn, M. (2008): Strategische Stadt- und Regionalplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (3), 230-243.

Kuss, M.; Meyer, C.; Reimer, M. (2010): Die REGIONALEN als Instrument regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen – Das Beispiel der REGIONALE 2010 Köln/Bonn. In: Mielke, B.; Münter, A. (Hrsg.): Neue Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen. ARL-Arbeitsmaterial 352. Hannover, 117-139.

Läpple, D.; Soyka, A. (2007): Raumwirtschaftliche Transformationen in der Stadtregion Frankfurt/Rhein-Main. Schriftenreihe „Zwischenstadt" 10. Wuppertal.

Löb, S.; Nischwitz, G. (2009): Region Göttingen/Südniedersachsen. In: Bernat, E.; Diller, C. et al. (Hrsg.): Regionalisierung und Regionsbildung im Norden. ARL-Arbeitsmaterial 347. Hannover, 36-46.

Mäding, H. (2011): Raumplanung unter veränderten Verhältnissen: Große Trends. In: ARL (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, 21-40.

Mäding, H. (2010): Strategische Regionsbildung – eine neue Form der interkommunalen Zusammenarbeit. In: Bogumil, J.; Kuhlmann, S. (Hrsg.): Kommunale Aufgabenwahrnehmung im Wandel. Stadtforschung aktuell 115. Wiesbaden, 205-220.

Mäding, H. (2006): Städte und Regionen im Wettbewerb – ein Problemaufriss. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 45 (2), 121-133.

Mäding, H. (1999): Perspektiven für ein Europa der Regionen. In: Die Region ist die Stadt. ARL – Forschungs- und Sitzungsberichte 206. Hannover, 10-22.

Mielke, B.; Münter, A. (Hrsg.) (2010): Neue Regionalisierungsansätze in Nordrhein-Westfalen. ARL-Arbeitsmaterial 352. Hannover.

Schedler, K.; Proeller, I. (2003): New Public Management. Bern.

Wiechmann, T. (2004): Das Modellvorhaben „Regionen der Zukunft". In: Wiechmann,T.; Löwis, S. v.; Kaether, J. (Hrsg.): Das Modellvorhaben „Regionen der Zukunft". Erfahrungen und Schlussfolgerungen für eine nachhaltige Regionalentwicklung in Deutschland. Dresden, 3-9.

Wiechmann, T. (2002): How to promote regional networks? The German Inno Regio experience and its implications for the role of regional planners in shaping regional governance. In: Fürst, D.; Knieling, J. (Hrsg.): Regional Governance – New modes of self-government in the European Community. Hannover, 89-102.